



Bundesministerin für
Frauen, Familie, Integration und Medien

bundeskanzleramt.gv.at

MMag. Dr. Susanne Raab
Bundesministerin für Frauen, Familie, Integration
und Medien

Herrn
Mag. Wolfgang Sobotka
Präsident des Nationalrats
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2024-0.232.703

Wien, am 21. Mai 2024

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Ecker, MBA, Kolleginnen und Kollegen haben am 21. März 2024 unter der Nr. **18224/J** eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Anzahl der anonymen Geburten und Abgaben in die Babyklappen“ an mich gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu Frage 1:

1. *Wie viele Kinder wurden in den Jahren 2022 und 2023 in sogenannte Babyklappen abgelegt? (Bitte um Auflistung nach einzelnen Bundesländern und Jahren)*

	Ö	Bgld.	Ktn.	Nö.	Oö.	Slbg.	Stmk.	Tirol	VLbg.	Wien
2022	4	0	2	1	0	0	0	0	0	1

Quelle: Statistik Austria, Kinder- und Jugendhilfestatistik

Für das Jahr 2023 liegen noch keine Daten vor.

Zu Frage 2:

2. *Wie viele Mütter nutzten in den Jahren 2022 und 2023 die Möglichkeit einer anonymen Geburt? (Bitte um Auflistung nach einzelnen Bundesländern und Jahren)*

	Ö	Bgld.	Ktn.	Nö.	Oö.	Slbg.	Stmk.	Tirol	Vlbg.	Wien
2022	26	0	2	3	3	3	4	4	2	5

Quelle: Statistik Austria, Kinder- und Jugendhilfestatistik

Für das Jahr 2023 liegen noch keine Daten vor.

Zu den Fragen 3 bis 5:

3. *Gibt es seitens Ihres Ministeriums Austausch mit bzw. Empfehlungen an die Bundesländer, das Angebot der bestehenden Babyklappen und Babynester in Österreich auszuweiten?*
- a. *Wenn ja, wie sehen diese im Detail aus?*
- b. *Wenn ja, wann kann mit einer konkreten Umsetzung der Pläne gerechnet werden?*
4. *Wie viele Kinder wurden in den letzten fünf Jahren in Krankenhäusern zurückgelassen? (Bitte um Auflistung nach einzelnen Bundesländern und Jahren.)*
5. *In wie vielen Fällen der anonymen Geburt meldeten sich die Mütter nach der Abgabe innerhalb der sechsmonatigen Frist?*

Die Vollziehung der Angelegenheiten der Kinder- und Jugendhilfe fällt in die Zuständigkeit der Länder.

MMag. Dr. Susanne Raab

